

Nach der Landtagswahl – Sachsen zwischen Kontinuität und Umbruch

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Sachsen vom 01. September werden die politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse im Freistaat nachhaltig prägen. Für die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Queeres Netzwerk Sachsen verbinden sich dabei Aspekte von Kontinuität, Ambivalenz und Wandel mit einer klaren Positionierung sowie Forderungen.

Kontinuität

Das starke Abschneiden der AfD in Sachsen ist keine Überraschung. Mit 27,5% Stimmenanteil bleibt die Partei zwar hinter den selbstgesteckten Zielen (stärkste Kraft in Sachsen) zurück, erreicht aber damit im bundesweiten Vergleich ihr bisher bestes Ergebnis bei einer Landtagswahl. In Sachsen hat die AfD, ausgehend von einem frühen Achtungserfolg bei den Landtagswahlen 2014, über die Bundestagswahl 2017 sowie die Kommunal- und Europawahl 2019 kontinuierlich ihren Aufstieg fortgesetzt. Inwieweit das Wähler*innenpotenzial aktuell womöglich ausgeschöpft sein könnte, ist an anderer Stelle bereits analysiert worden¹.

Aus queerpolitischer Sicht erreicht nun eine viel weiter zurückreichende Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt. Die Gesellschaft des Bundeslands Sachsen ist seit Jahrzehnten mehrheitlich wertkonservativ geprägt. Dies meint hier spezifisch vielfaltskeptische bis vielfaltsfeindliche Haltungen und Einstellungen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen, die durch unzureichendes Wissen, tradierte Rollen- und Geschlechtervorstellungen und Vorbehalte begründet sind. In der Vergangenheit sind diese Befunde mehrfach durch repräsentative Bevölkerungsumfragen bestätigt worden (z.B. Sachsenmonitor, Vielfaltsbarometer, Mitte-Studien). Das Programm, mit dem die AfD in Sachsen zur Wahl angetreten ist, beinhaltet all diese Aspekte und muss in seiner Klarheit mindestens als Kampfansage an die realexistierende sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Freistaat verstanden werden. Geht man weiterhin davon aus, dass 70% der AfD-Wähler*innen zur Landtagswahl diese Partei *gerade wegen* ihrer politischen Forderungen gewählt haben², dann sind auch vielfaltsfeindliche Positionen ganz bewusst gewählt worden³.

¹ Vgl. weiterdenken (04.09.2019) „Aus dem Erschrecken kann ein Aufbruch werden - Zu den Ergebnissen der Landtagswahl in Sachsen“ (<http://www.weiterdenken.de/de/2019/09/04/aus-dem-erschrecken-kann-ein-aufbruch-werden-zu-den-ergebnissen-der-landtagswahl-sachsen>) und Belltower News (03.09.2019) „Landtagswahlen in Sachsen – Was das Ergebnis mit der politischen Landschaft macht“ (<https://www.belltower.news/landtagwahl-in-sachsen-was-das-ergebnis-mit-der-politischen-landschaft-macht-90763/>)

² Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (2019): Wahlanalyse Sachsen 2019 (https://www.forschungsgruppe.de/Aktuelles/Wahlanalyse_Sachsen/) und NEUES DEUTSCHLAND (05.09.2019): Keine Protestwähler (https://www.neues-deutschland.de/artikel/1125374.afd-im-osten-keine-protestwaehler.html?fbclid=IwAR3GMrsSyaS583hacD_MvXvYINNOuXRbftIYoUcrNWyarOz6O4IYNERIil)

³ Vgl. Tagesanzeiger (02.09.2019): „Die AfD wird als rechtsradikale Partei gewählt“ (https://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/die-afd-wird-als-rechtsradikale-partei-ge-waehlt/story/21777646?fbclid=IwAR0MpKBEjaN1mTR0OI5OHQAd3ba97b3SwfqPYIzcGHXlzOc2rgW6zjcFkH_Y#mostPopularComment)

In diesem Zusammenhang ist zu befürchten, dass eine nun vielfach größere AfD-Fraktion ihre gewachsenen personellen und finanziellen Ressourcen auch weiterhin einsetzen wird, um zivilgesellschaftliches Engagement zu diskreditieren. Ebenso wie andere gesellschaftliche Gruppen sind Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ*) durch die sächsische AfD unlängst als Feinde markiert worden. Bereits in der abgelaufenen Legislatur nutzte die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag systematisch die Mittel der kleinen und großen parlamentarischen Anfrage, um Wissen über queeres Engagement und die Arbeit unserer Mitgliedsvereine zu sammeln. Nicht selten wurde dieses Wissen im Anschluss für medienwirksame Diskreditierungsaktionen und Shitstorms genutzt.

Die sächsische CDU ist einer der konservativsten Landesverbände der Union. Ihre fast 30 Jahre dauernde Regentschaft hat den Wertkonservatismus in Sachsen kultiviert. In Kombination mit gering ausgeprägten Praxen liberaler Demokratie und politischer Bildung seit der politischen Wende 1989/90, etablierten rechtsextremen und christlich-fundamentalistischen Strukturen im ländlichen Raum sowie einer von je her kleingehaltenen Zivilgesellschaft ergibt sich der Nährboden für reaktionäre Einstellungen. Die Erfolge der AfD bei der Landtagswahl sind aus unserer Perspektive ohne diese Grundlagen und Kontinuitäten nicht zu erklären. Gleichzeitig lassen die Wahlergebnisse vermuten, dass sich diese Entwicklungen auch künftig fortsetzen. Queeres Engagement in Sachsen wird damit auch für die nächsten fünf Jahre mit großen Widrigkeiten und Hindernissen rechnen müssen.

Ambivalenz

Mit der Landtagswahl wurden die Widersprüche im Freistaat einmal mehr offenkundig. *Einerseits* gibt es keine Anzeichen, dass sich die gesellschaftlichen Konfliktlinien entlang der Pole „nationalistisch – weltoffen“ und „völkisch-exklusiv – solidarisch-inklusiv“ in naher Zukunft befrieden lassen. Die Landtagswahl hat die weiter fortschreitende Politisierung und Polarisierung der sächsischen Gesellschaft deutlich werden lassen. Angesichts der eingangs skizzierten Kontinuitäten reaktionärer und vielfaltsfeindlicher Einstellungen, einer mehrheitlichen Stimmenabgabe aus Überzeugung für jene Partei, die diese Haltungen befördert, und unerwartet hoher Stimmenanteile für die AfD in der Gruppe U30 gibt es genügend Hinweise darauf, dass queeres Engagement in Sachsen zunehmend unter diesen Entwicklungen zu leiden hat.

Andererseits war die zu Ende gegangene Legislaturperiode ein *window of opportunity* von bisher nicht gekanntem Ausmaß in Sachsen. Innerhalb weniger Jahre konnten unter der CDU-SPD-Regierung an neuralgischen gesellschaftspolitischen Punkten mehrere Initialzündungen möglich gemacht werden, die das Engagement für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt massiv beförderten. Die Einsetzung einer Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, die Gründung der LAG Queeres Netzwerk Sachsen als Dachverband und Selbstvertretungsgremium queerer Vereine und Initiativen, die Verabschiedung des Landesaktionsplans zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen, die Novellierung von Förderrichtlinien – dies sind nur einige der Errungenschaften der letzten fünf Jahre, die vorher jahrzehntelang undenkbar gewesen waren.

Da bisher und auf absehbare Zeit keine Landesregierung ohne CDU-Beteiligung möglich sein wird, braucht die sächsische Union zwingend ein progressives und vielfaltsoffenes Korrektiv. Zwischen 2014 und 2019 war die SPD dieses Korrektiv, was summa summarum die oben genannten Errungenschaften auch mit der CDU ermöglichte. Durch die verän-

dernten Kräfteverhältnisse im Zuge der Landtagswahl vom 01. September scheint eine mögliche Dreier-Koalition aus CDU, GRÜNEN und SPD die besten Chancen zur Fortführung von queerem Engagement zu bieten. Ausgestattet mit der nötigen parlamentarischen Mehrheit könnten dann GRÜNE und SPD die beiden vielfaltsoffenen Korrektive an der Seite der weiterregierenden konservativen CDU sein.

Während sich also zumindest politische Chancen eröffnen, die begonnene queerpolitische Arbeit fortsetzen zu können, scheint sich die Rechtsverschiebung in der sächsischen Gesellschaft fortzusetzen. Die Landtagswahl liefert bisher keine Hinweise darauf, dass allein diese Ambivalenz in der neuen Legislaturperiode in irgendeiner Form aufgelöst werden kann.

Wandel

Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man der Annahme folgt, dass Politik und Gesellschaft im Freistaat Sachsen zusätzlich zu den genannten Aspekten einem tiefgreifenden Wandel unterzogen sind. Der sächsischen CDU ist als letzte der beiden „Volksparteien“ die Fähigkeit zu umfassender gesellschaftlicher Integration verloren gegangen. Ihre Bindungskraft nach rechts wird immer geringer, während sich an der äußerst rechten Flanke des Parteienspektrums die AfD festsetzt. Die Zeiten absoluter Mehrheiten für die CDU Sachsen sind lange vorbei. Selbst für alt-bundesrepublikanisch eingeübte Zweierkoalitionen mit SPD (aktuell zu schwach) oder FDP (nicht im Landtag vertreten) reicht es nach dem 01. September nicht – und dies auch auf absehbare Zeit nicht mehr. Mehrparteienkoalitionen mit bisherigen politischen Gegnern oder Minderheitenregierungen sind rechnerisch auf einmal nicht mehr nur möglich, sondern scheinen auch realistisch. Nicht eingeübte Dreier- (oder perspektivisch gar Vierer-)Koalitionen bieten dabei aktuell einzig die Möglichkeit für vielfaltsoffene parlamentarische Mehrheiten. Die Tragweite dieses Wandels im politischen System dürfte den meisten Menschen in Sachsen noch nicht klar sein. Alle politischen Entscheidungsträger*innen werden sich auf diese neue Situation einstellen müssen.

Damit holt das politische Sachsen jene Ausdifferenzierung nach, die im gesellschaftlichen Sachsen seit Jahren bereits stattfindet (und im Übrigen auch in der gesamten Bundesrepublik zu beobachten ist). Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt erlangen auch in Sachsen auf allen gesellschaftspolitischen Handlungsfeldern mehr Sichtbarkeit – auch wenn dieser Prozess schleppend, kleinteilig und teils mit großen Hindernissen konfrontiert verläuft. Nicht nur in diesem Bereich wird die Gesellschaft diverser. Parallel dazu verlaufen auch Ausdifferenzierungen im rechtskonservativen bis rechtsextremen Bereich.

Eine der entscheidenden Fragen für die nächste Landesregierung und die Politik in Sachsen wird es sein, ob der stattfindende Wandel gestaltet werden kann – und wenn ja, wie? Verschiebt sich das Kräfteverhältnis 30:70 aus progressivem Links-Mitte und reaktionärem Mitte-Rechts-Lager in die eine oder andere Richtung? Angesichts der durch die Wahl offensichtlich gewordenen Demokratiedefizite (bezogen auf das Abschneiden der AfD), muss sich eine mögliche CDU-SPD-GRÜNE-Regierung dieser Herausforderung annehmen. Die Kernaufgabe einer solchen Koalition muss es daher sein, die nächste Landesregierung und ihre Politik zu einem umfassenden integrativeren Projekt zu machen. Eine vielfältige Gesellschaft braucht vielfältige Politik, damit ein weiteres Auseinanderdriften entlang der Konfliktlinien „Stadt-Land“, „liberal-autoritär“, „weltoffen-nationalistisch“ in Sachsen zumindest gebremst werden kann. Um die beschriebenen Trends umzukehren, bräuchte es

jedoch weitaus stärker Anstrengungen als nur eine aus der Not heraus geborene Anti-AfD-Koalition aus CDU-SPD-GRÜNEN.

Konsequenzen und Forderungen

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sind Querschnittsthemen aller gesellschaftspolitischen Handlungsfelder. LSBTTIQ* finden sich auf allen beschriebenen Konfliktlinien in Sachsen wieder. Eine den stattfindenden Wandel annehmende und gestaltende Politik muss die Chance ergreifen, vielfaltsfreundliche Rahmenbedingungen zu erweitern und zu verbessern. Durch eine damit verbundene Stärkung queeren Engagements können LSBTTIQ* einen Beitrag zum guten Leben in Sachsen leisten.

Für die LAG Queeres Netzwerk Sachsen ergeben sich aus der Landtagswahl und den genannten Aspekten klare Konsequenzen für die kommenden fünf Jahre.

1. Queeres Engagement braucht noch mehr politische Rückendeckung. Das zu erwartende Ausmaß der Anfeindungen allein durch die sächsische AfD wird nicht wenige Projekte, Initiativen und Vereine vor große Herausforderungen stellen. Die Parteien und der Freistaat müssen sich künftig noch stärker, klar und eindeutig zur real existierenden Vielfalt in Sachsen bekennen. Bleibt es bei Lippenbekenntnissen, ist vollkommen offen, wie viele Projekte, Initiativen und Vereine dem wachsenden Druck von rechts standhalten können.
2. Der Landesaktionsplans zur Akzeptanz der Vielfalt von Lebensentwürfen ist trotz aller Versäumnisse und inhaltlicher Unschärfen eine wichtige Grundlage für queeres Engagement in Sachsen. Jetzt ist es dringend geboten, ihn gründlich zu evaluieren, fortzuschreiben und an den Stellen zu verbessern, wo es nötig ist. Dies meint konkret: Aufnahme von Themen, die zuvor außen vorgelassen wurden, klare Zuständigkeiten der Ministerien, verbindliche Zeitschienen zur Erfüllung der Maßnahmen und ein eigenes und ausreichendes Budget zur Umsetzung der darin festgeschriebenen Maßnahmen.
3. Das gescheiterte Vorhaben eines modernen Gleichstellungsgesetzes muss wieder aufgenommen und erfolgreich abgeschlossen werden.
4. Der bisherige Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration im Sozialministerium muss zu einem eigenständigen und vollwertigen Ministerium ausgebaut und mit den entsprechenden Ressourcen ausgestattet werden. Die scheidende Gleichstellungsministerin hat bewiesen, welche Fortschritte mit bescheidenen Mitteln bereits möglich gewesen sein. Ein entsprechend aufgewertetes Ministerium wäre zudem ein wichtiger Beitrag zur geforderten politischen Rückendeckung.
5. Langfristige Planungssicherheit für Beratungs- und Bildungsvereine mit LSBTTIQ*-Schwerpunktsetzung über die bisherigen 2-jährigen Antragsfristen hinaus, um den Bestand dieser Initiativen nachhaltig zu sichern und auszubauen.